

Antrag auf Soforthilfe aus dem Härtefonds Hochwasser-Katastrophe 2021



Das musst du wissen!

- ✓ Der/die förderberechtigte Antragssteller*in muss dem Fonds soziale Sicherung schriftlich versichern,
 - dass aufgrund der Hochwasser-Katastrophe die zur nachträglichen Prüfung des Förderantrags durch den zuständigen Härtefallausschuss benötigten Unterlagen nicht kurzfristig beigebracht werden können
 - dass diese Unterlagen so bald als möglich vollständig nachgereicht werden
 - dass die erhaltene Förderung nicht erneut gegenüber Dritten (Arbeitgeber, Behörden, Sozialeinrichtungen, Versicherungen usw.) geltend gemacht und die vom Fonds soziale Sicherung erhaltene Soforthilfe gegenüber Dritten vollständig angegeben wird
 - Zudem informiert der/die Antragsteller*in den Fonds soziale Sicherung, ob und in welcher Höhe bei/von Dritten zum gleichen Sachverhalt Unterstützungsleistungen beantragt oder bereits gewährt wurden.

- ✓ Du musst deine EVG-Mitgliedschaft bzw. Förderberechtigung von deiner zuständigen EVG-Geschäftsstelle bestätigen lassen.
Dafür gibt es ein Extrafeld auf dem Förderantrag.

**Wenn du deinen Förderantrag online stellst,
entfällt dieser Schritt!**

- ✓ Den vollständig ausgefüllten Antrag sendest du an folgende Adresse:

Fonds soziale Sicherung
Weilburger Straße 24
60326 Frankfurt am Main

Schneller geht's online!

Nutze unsere vereinfachten Förderanträge
unter www.dein-fonds.de

- ✓ Nach erfolgreicher Prüfung erhältst du den Betrag auf das angegebene Konto

Deine Ansprechpartner bei Fragen zum Härtefonds erreichst du telefonisch von Montag bis Freitag, 9:00 bis 12:30 Uhr und 13:30 bis 15:00 Uhr.

Telefon: 069 - 400 50 23-0

Telefax: 069 - 400 50 23-20

E-Mail: info@dein-fonds.de

Antrag auf Soforthilfe aus dem Härtefonds Hochwasser-Katastrophe 2021



Bitte leserlich in Druckbuchstaben ausfüllen, damit die Kolleg*innen alles gut lesen können.
Nur vollständig ausgefüllte Anträge können bearbeitet werden – bitte denk daran!

☐ Frau ☐ Herr ☐ Divers

Vorname Nachname Geburtsdatum TT / MM / JJJJ

Straße + Hausnummer PLZ Ort

E-Mail Telefon

Arbeitgeber gemäß Entgeltbescheinigung (z. B. DB Regio, Westfalen Bus GmbH etc.). Bei Beamten bitte das zugewiesene Unternehmen. Berufsgruppe

Angaben zu weiteren im Haushalt des Förderberechtigten lebenden Personen

Vorname Nachname Geburtsdatum TT / MM / JJJJ Bemerkung/Sonstiges

Vorname Nachname Geburtsdatum TT / MM / JJJJ Bemerkung/Sonstiges

Vorname Nachname Geburtsdatum TT / MM / JJJJ Bemerkung/Sonstiges

Kurzdarstellung der persönlichen Situation und soweit möglich geschätzte Schadenshöhe

Angaben zu weiteren Unterstützungsanträgen

Besteht Versicherungsschutz? ☐ Nein ☐ Ja
Wenn ja, was ist versichert?

Versicherung des/der Antragsteller*in (Pflichtfeld)

- ☐ dass aufgrund der Hochwasser-Katastrophe die zur nachträglichen Prüfung des Förderantrags durch den zuständigen Härtefallausschuss benötigten Unterlagen nicht kurzfristig beigebracht werden können.
- ☐ dass diese Unterlagen so bald als möglich vollständig nachgereicht werden.
- ☐ dass die erhaltene Förderung nicht erneut gegenüber Dritten (Arbeitgeber, Behörden, Sozialeinrichtungen, Versicherungen usw.) geltend gemacht und die vom Fonds soziale Sicherung erhaltene Soforthilfe gegenüber Dritten vollständig angegeben wird.

Wurden oder werden weitere Unterstützungen beantragt/gewährt? (Pflichtfeld)

☐ Nein ☐ Ja
Wenn ja, bei welchen Institutionen und in welcher Höhe?

Wurde ein Darlehen nach KoRil 012.0101 (Beihilfe in unverschuldeten Notfällen) oder eine entsprechende Unterstützung gemäß Bundesbeihilfeverordnung (nur Beamte) beantragt/gewährt?
☐ Nein ☐ Ja

Bankverbindung

Kontoinhaber*in (falls abweichend von Antragsteller*in) IBAN

Bestätigung der Förderberechtigung Ohne Bestätigung kann dein Antrag nicht bearbeitet werden! Die Bestätigung bekommst du von deiner zuständigen EVG-Geschäftsstelle.

Antragsteller*in ist ☐ Arbeitnehmer*in ☐ Beamte*r ☐ Auszubildende*r ☐ Dual Studierende*r

Mitgliedsnummer Betriebsnummer zuständige EVG-Geschäftsstelle

Datum / Unterschrift / Stempel der zuständigen EVG-Geschäftsstelle

Mit meiner Unterschrift erkläre ich, dass die von mir gemachten Angaben richtig und vollständig sind und ich die Hinweise zur Beantragung sowie die Datenschutzerklärung bewusst zur Kenntnis genommen habe.

Unterschrift + Datum der Antragstellung

Datenschutzhinweise Fonds soziale Sicherung



Information zum Umgang mit Ihren persönlichen Daten gemäß Art. 13 EU-Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO)

1) Verantwortlicher für die Datenverarbeitung

Fonds soziale Sicherung
Weilburger Straße 24
60326 Frankfurt am Main
E-Mail: info@fonds-soziale-sicherung.de
Telefon: 069 - 400 50 23-0

2) Ansprechpartnerin für Datenschutz

Frau Désirée Jungkunz
Fonds soziale Sicherung
Weilburger Straße 24
60326 Frankfurt am Main
E-Mail: desiree.jungkunz@fonds-soziale-sicherung.de
Telefon: 069 - 400 50 23-12

3) Zweckbestimmung der Datenerhebung, Datenverarbeitung oder Datennutzung

Wir verarbeiten personenbezogene Daten gemäß den Bestimmungen der Europäischen Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) und des Bundesdatenschutzgesetzes (BDSG-neu). Die Erhebung, Verarbeitung und Speicherung Ihrer personenbezogenen Daten erfolgt nur für die nachfolgend ausdrücklich genannten Zwecke:

a) Zur Durchführung vorvertraglicher Maßnahmen und/oder zur Erfüllung vertraglicher Pflichten (Art. 6 Abs. 1 b DSGVO)

Die Verarbeitung personenbezogener Daten erfolgt zur Anbahnung/Abschluss von Verträgen und/oder zum Abschluss eines Arbeitsvertrages. Darüber hinaus verarbeiten wir Ihre Daten im Rahmen bestehender Verträge, soweit dies für Verwaltungszwecke notwendig ist.

Dazu gehören:

- UNTERNEHMENSgegenstand: Weiterverarbeitung der Daten der von Ihnen gestellten Anträge. Dazu zählen z. B. folgende Förderanträge: Gesundheitsvorsorge, Bildungsförderung, Risikoabsicherung, Kinderbetreuungszuschuss, Hörgerätezuschuss, Brillenzuschuss
- Bewerbermanagement
- Personalmanagement
- Dienstleistermanagement

b) Im Rahmen der Interessenabwägung gemäß Art. 6 Abs. 1 f DSGVO

Soweit erforderlich, verarbeiten wir personenbezogene Daten über die eigentliche Erfüllung des Vertrages oder der vorvertraglichen Maßnahmen hinaus zur Wahrung berechtigter Interessen von uns oder von Dritten.

Dazu gehören:

- Geltendmachung rechtlicher Ansprüche und Verteidigung bei rechtlichen Streitigkeiten
- Gewährleistung der IT-Sicherheit und des IT-Betriebes unseres Unternehmens
- Verhinderung und Aufklärung von Straftaten (insbesondere beim Betrieb von Videoaufklärungsgeräten)
- Maßnahmen zur Gebäude- und Anlagensicherheit (z. B. Zutrittskontrollen)

c) Aufgrund Ihrer Einwilligung gemäß Art. 6 Abs. 1 a DSGVO

Soweit Sie uns eine Einwilligung zur Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten erteilt haben, ist die Rechtmäßigkeit dieser Verarbeitung auf Basis Ihrer Einwilligung gegeben.

Eine erteilte Einwilligung kann jederzeit widerrufen werden. Dies gilt auch für den Widerruf von Einwilligungserklärungen, die vor der Geltung der Datenschutz-Grundverordnung, also vor dem 25. Mai 2018, uns gegenüber erteilt worden sind. Bitte beachten Sie, dass der Widerruf erst für die Zukunft wirkt. Verarbeitungen, die vor dem Widerruf erfolgt sind, sind davon nicht betroffen.

d) Aufgrund gesetzlicher Vorgaben gemäß Art. 6 Abs. 1 c DSGVO oder im öffentlichen Interesse gemäß Art. 6 Abs. 1 e DSGVO

Als Arbeitgeber unterliegen wir rechtlichen Verpflichtungen, die eine Verarbeitung personenbezogener Daten erforderlich machen können, z. B. aufgrund von Anforderungen aus Steuer-, Melde- oder Sozialgesetzen. Dazu gehören beispielsweise Meldepflichten, Auskünfte an Behörden oder auch die Erfüllung handels- und steuerrechtlicher Aufbewahrungsfristen.

4) Empfänger der Daten

Im Rahmen der Erfüllung der oben genannten Verarbeitungszwecke können neben internen Stellen auch Dritte Daten von Ihnen erhalten oder Zugriff darauf bekommen. Dies betrifft z. B. von uns eingesetzte Dienstleister/Auftragsverarbeiter und Erfüllungsgehilfen aus den Bereichen IT-Dienstleistungen, Telekommunikation etc.

Konkret handelt es sich um

- Versicherungen
- Agentur für Arbeit, Finanzamt, sonstige Ämter und Behörden
- Öffentliche Stellen und Institutionen bei Vorliegen einer gesetzlichen oder behördlichen Verpflichtung
- Sozialversicherungsträger
- Wirtschaftsprüfer, Berater
- Auskunfteien
- Banken
- IT-Dienstleister für den Betrieb unserer IT-Infrastruktur (Wohnungsverwaltung, Interessentendatenbank, Schadensmeldungen, Dokumentenmanagement, Internetauftritt, Lohn- und Gehaltsabrechnung, Zeiterfassung)

5) Datenübermittlung in Drittländer

Derzeit findet keine Datenübermittlung in Drittländer (Staaten außerhalb des Europäischen Wirtschaftsraums – EWR) oder an internationale Organisationen statt. Dies ist auch nicht geplant.

6) Dauer der Speicherung

Wir verarbeiten und speichern Ihre personenbezogenen Daten für die Dauer unserer Geschäftsbeziehung mit Ihnen.

Sofern von Ihnen keine Einwilligung zur längerfristigen Speicherung vorliegt oder anderweitige gesetzliche Aufbewahrungsfristen entgegenstehen oder die Aufbewahrung der Daten der Rechtsverfolgung dienen, werden die Daten von Bewerbern drei Monate nach Abschluss des Bewerbungsverfahrens gelöscht. Nach Beendigung einer vertraglichen Beziehung unterliegen wir einschlägigen gesetzlichen Aufbewahrungs- und Dokumentationspflichten, die sich beispielsweise aus dem Handelsgesetzbuch (HGB) und der Abgabenordnung (AO) ergeben.

Bei Notwendigkeit der Erhaltung von Beweismitteln etwa im Rahmen gerichtlicher Verfahren wird auf folgende Speicherungsfristen hingewiesen: Die Verjährungsfristen des Bürgerlichen Gesetzbuches (BGB) können bei Vorhandensein eines gerichtlichen Titels bis zu 30 Jahre betragen (§§ 195 ff. BGB). Sofern kein gerichtlicher Titel gegen die betroffene Person erwirkt wurde, greift die regelmäßige Verjährungsfrist von drei Jahren.

7) Ihre Rechte

(Bestehende Datenschutzrechte betroffener Personen)

Jede betroffene Person hat die folgenden Datenschutzrechte nach der DSGVO und dem BDSG-neu:

- Recht auf Auskunft nach Art. 15 DSGVO
- Recht zur Berichtigung unrichtiger Daten nach Art. 16 DSGVO
- Recht auf Löschung nach Art. 17 DSGVO
- Recht auf Einschränkung der Verarbeitung nach Art. 18 DSGVO
- Recht auf Datenübertragbarkeit nach Art. 20 DSGVO
- Recht auf Widerspruch nach Art. 21 DSGVO
- Beschwerderecht bei einer zuständigen Datenschutzaufsichtsbehörde nach Art. 77 DSGVO i. V. m. § 19 BDSG-neu

Die für uns zuständige Datenschutzaufsichtsbehörde ist:
Berliner Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit
Maja Smolczyk
Friedrichstr. 219
10969 Berlin
E-Mail: mailbox@datenschutz-berlin.de
www.datenschutz-berlin.de

Widerspruchsrecht

Gemäß Art. 21 Abs. 4 i. V. m. Abs. 1 und 2 DSGVO können Sie jederzeit Widerspruch gegen die Verarbeitung Sie betreffender personenbezogener Daten einlegen.

Ihr Widerspruchsrecht erstreckt sich auf Verarbeitungen Ihrer personenbezogenen Daten, die wir auf Grundlage von Art. 6 Abs. 1 e oder f DSGVO vornehmen. Zudem können Sie jederzeit der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten zum Zwecke der Direktwerbung widersprechen.

Der Widerspruch kann formfrei erfolgen und sollte gerichtet werden an:

Fonds soziale Sicherung
Weilburger Straße 24
60326 Frankfurt am Main
E-Mail: info@fonds-soziale-sicherung.de
Telefon: 069-400 50 23-0

8) Freiwilligkeit und Bereitstellungspflicht personenbezogener Daten

Im Rahmen unserer Geschäftsbeziehung müssen diejenigen personenbezogenen Daten bereitgestellt werden, die für die Aufnahme und Durchführung einer Geschäftsbeziehung und der Erfüllung der damit verbundenen vertraglichen Pflichten erforderlich sind oder zu deren Erhebung wir gesetzlich verpflichtet sind. Ohne diese Daten sind wir nicht in der Lage, einen Vertrag zu schließen oder diesen durchzuführen. Sofern eine Angabe freiwillig erfolgen kann, haben wir diese Angabe im jeweiligen Erhebungsformular gekennzeichnet.

9) Automatisierte Entscheidungsfindungen, Durchführung eines Profiling

Zur Begründung und Durchführung der Geschäftsbeziehung nutzen wir grundsätzlich keine ausschließlich automatisierte Entscheidungsfindung im Sinne des Art. 22 DSGVO.

Stand 15.07.2019